

CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern  
Wismarsche Straße 173 · 19053 Schwerin

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.  
Gutenbergstraße 7-9  
85354 Freising

Christlich Demokratische Union  
Mecklenburg-Vorpommern  
Wismarsche Straße 173  
19053 Schwerin

Telefon 0385 59004-0  
Telefax 0385 59004-29  
E-Mail: [post@cdu-mv.de](mailto:post@cdu-mv.de)  
[www.cdu-mv.de](http://www.cdu-mv.de)

 /CDU.Mecklenburg.Vorpommern  
 @cdu\_mv

Schwerin, 26.08.2021

## Landtagswahl 2021

Wahlprüfsteine des Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben, indem Sie uns um Stellungnahme zu Ihren Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021 gebeten haben. Im Folgenden möchte ich Ihre Fragestellungen beantworten.

### **a) Zum Milchmarkt**

Die Milcherzeuger\*\*innen erleben aktuell eine weitere schwere Wirtschaftlichkeitskrise ihrer Betriebe. Daher muss dringend – neben einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Marktkrisen – auch die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Diese fehlende Marktstellung am Milchmarkt hat bereits das Bundeskartellamt mehrfach festgestellt.

Parallel dazu ist der Milchmarkt längst kein regionaler oder nationaler Markt mehr. Vielmehr muss mindestens von einem EU-Binnenmarkt – eher noch von einem Weltmarkt – gesprochen werden. In diesem volatilen Marktumfeld und auch bedingt durch die extrem gestiegene EU-Milchproduktion fallen immer wieder Angebot und Nachfrage an Rohmilch auseinander. Dies mit teilweise ruinösen Folgen für die ausbezahlten Milchpreise. Der BDM hat daher schon seit geraumer Zeit ein Krisenmechanismus vorgeschlagen, um in Krisenphasen die Milchproduktion an die nachgefragte Menge anzupassen und somit ein Abrutschen der Preise am Milchmarkt zu verhindern.

**Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter\*\*innen nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

Antwort: Die Quotenregelung ist 2015 abgeschafft worden, da sie nicht in der Lage war eine wirksame Preisstützung zu gewährleisten. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den zurückliegenden Jahren die Anzahl der milchviehhaltenden Betriebe und die Anzahl der Milchkühe drastisch gesunken ist, jedoch die Menge der angelieferten Milch an die aufnehmende Hand gestiegen ist, sehen wir eine die Notwendigkeit befristete Mengenregelungen durch die europäische Union umzusetzen. Hierzu hatte die CDU Landtagsfraktion einen Antrag zur Stärkung der Milchwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern (Drucksache 7/2013) in den Landtag eingebracht.

### **Wie soll nach Ansicht Ihrer Partei auf zukünftige Marktkrisen reagiert werden?**

Antwort: Wir wollen weiterhin die Position der Milcherzeuger am Markt stärken. Signale von den Produktmärkten sollen rechtzeitig beim Erzeuger ankommen. Gleichzeitig sollen verlässliche Zahlen, welche Milchmengen langfristig angeliefert werden bzw. eine Verlässlichkeit hinsichtlich der Preisgestaltung durchgesetzt werden. Die Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien sollen einen verbindlicheren Charakter erhalten. Für die Vertragsparteien müssen sich Verpflichtungen ergeben, eine Beziehung zwischen einer bestimmten Liefermenge Milch, der Milchqualität und dem Preis für diese Lieferung zu vereinbaren. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass diese Vorgaben dann in gleicher Weise sowohl für die Verträge zwischen Milcherzeugern bzw. Milcherzeugerorganisationen und Molkereien als auch für die Lieferordnungen bzw. Satzungen der Molkereigenossenschaften gelten. Wir werden die von der Branche angekündigten Maßnahmen, deren Evaluierung und die Weiterentwicklung der Strategie 2030 verfolgen. Die Schlussfolgerungen sollen dann eine Grundlage zur Entscheidung über die Anwendung von Artikel 148 der Gemeinsamen Marktorganisation sein.

Wir wollen, dass die Arbeit der Marktbeobachtungsstelle bei der EU dahingehend weiterentwickelt wird, dass Informationen zukünftig umfassender und früher zur Verfügung stehen und dabei so aufbereitet sind, dass neben der Beschreibung der aktuellen Lage auch die Marktentwicklung deutlich wird. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen der Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik neue Instrumente der einzelbetrieblichen Risikoversicherung entwickelt und angeboten werden sowie deren Einführung gefördert wird. Die Forderungen der Milcherzeuger hinsichtlich der Unterstützung beim Umgang mit volatilen Märkten sollen durch öffentliche Intervention und private Lagerhaltung unterstützt werden. Eine staatliche Mengenregulierung lehnen wir ab.

### **Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?**

Antwort: Nein. Landwirte sind Mengenanpasser. Sie passen ihre Produktion der jeweiligen Marktsituation an. Gerade im Milchbereich ist jedoch ein kurzfristiges Anpassen der Produktion aufgrund der biologischen Vorgaben (Trächtigkeit) schwierig. Aus diesem Grunde müssen auch zukünftig Maßnahmen zur kurzfristigen Angebotssteuerung (Interventionsaufkäufe der Europäischen Union) möglich sein, um auf kurzfristige Marktkrisen reagieren zu können.

**Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?**

Antwort: Der Gründung von Branchenverbänden stehen wir positiv gegenüber. Dennoch muss klar geregelt sein, wer Mitglied des entsprechenden Verbandes ist und wie Entscheidungen im Verband herbeigeführt werden.

**Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter\*\*innen politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?**

Antwort: Aktuell werden seitens der Milchbranche Maßnahmen zur Etablierung moderner Lieferbeziehungen diskutiert, die strukturelle Überschüsse am Milchmarkt vermeiden sollen. Sollten die Maßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg kommen, werden wir gemeinsam mit der Bundesregierung Regelungen zu den Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse gemäß Art. 148 der gemeinsamen Marktorganisation herbeiführen. Hierbei müssen wir allerdings berücksichtigen, dass auch bei Milcherzeugern unterschiedliche Liefermodelle präferiert werden. So gibt es Erzeuger, die einzelbetriebliche Regelungen mit klaren Definitionen über Preis, Menge, Dauer und Qualität fordern. Andere Erzeuger, insbesondere wachstumswillige wünschen die Beibehaltung der bisherigen Modelle ohne Mengenbegrenzung.

### ***b) Herkunftskennzeichnung***

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines immer größer werdenden Teils der Verbraucher\*innen und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeten Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht aber die Herkunft der einzelnen Bestandteile dieses Produkts gekennzeichnet werden müssen.

Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen darin setzen können.

**Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?**

Antwort: Ja. Hierzu haben wir uns ausdrücklich in unserem Wahlprogramm bekannt. Wir wollen Wertschöpfungsketten vor Ort durch verpflichtende Herkunftsbezeichnungen deutlich stärken und das große Interesse der Verbraucher an heimischen Lebensmitteln und nachhaltigen Herstellungsprozessen für ein besseres Miteinander von Landwirten und Verbrauchern und die Stärkung des Vertrauens in unsere Landwirtschaft nutzen. Ein Regionalsiegel für Mecklenburg-Vorpommern soll zusätzlichen Mehrwert für beide Seiten bringen.

**Vertritt Ihre Partei die Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken müssen?**

Antwort: Ja.

### **c) Tierwohl**

Das Thema Tierwohl beschäftigt zunehmend auch landwirtschaftsfremde gesellschaftliche Gruppen. Oft wird die konventionelle Landwirtschaft als Widerspruch zum Tierwohl und einer artgerechten Tierhaltung gesehen, dabei stellt gerade der tierwohl-orientierte Stallumbau große Investitionsanforderungen an die Betriebe.

**Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der avisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und wie beurteilen Sie dahingehend die Vorschläge der Borchert – Kommission?**

Antwort: Der Umbau der Haltungssysteme, um mehr Tierwohl zu erreichen, kann nach unserer Auffassung nur durch entsprechende Förderprogramme und entsprechende Preisgestaltung erreicht werden. Leider hatte die Vergangenheit gezeigt, dass der Lebensmitteleinzelhandel nicht bereit ist, zusätzliche Leistungen langfristig zu honorieren. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass zum einen der Umbau der Tierhaltungssysteme durch entsprechende Förderprogramme und zügige Genehmigungsverfahren und zum anderen durch entsprechende Wertschöpfung durch den Lebensmitteleinzelhandel unterstützt wird.

**Die Schlussfolgerungen der Borchert – Kommission stellen die Nutztierhalten vielfach vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außerklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen sowie eventuelle Ertragsausfälle durch Abstockungen finanziert werden?**

Antwort: Die CDU hat sich immer für die Stärkung der Veredelungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen. Mit einem Viehbesatz von 0,4 Großvieheinheiten je Hektar liegen wir in Mecklenburg-Vorpommern weit unter dem Bundesdurchschnitt. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns strikt gegen eine Abstockung der Tierbestände in unserem Land aus. Veredelung schafft und erhält Wertschöpfung und Arbeitsplätze insbesondere im ländlichen Raum.

**Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei dazu?**

Antwort: Wir haben uns immer für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland eingesetzt. Anforderungen an Tierwohl dürfen nicht dazu führen, dass eine Verlagerung der Tierhaltung in andere Teile der Welt erfolgt. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Internationale Handelsverträge, Zölle, Gesetzgebungsverfahren) so ausgestaltet werden, dass eine Verlagerung der Tierhaltung nicht erfolgt.

**Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl herausgestellt. Wie steht Ihre Partei zu den Ergebnissen der Zukunftskommission? Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf für die Politik?**

Antwort: Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat ihren Abschlussbericht einstimmig verabschiedet. Der Abschnittsbericht beinhaltet ein klares Bekenntnis für eine nachhaltigere, wirtschaftlich erfolgreiche und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft. Die Kosten für den Umbau der Landwirtschaft werden seitens der Kommission auf ca. 7-11 Milliarden € geschätzt. Hier sehen wir insbesondere die Aufgaben der Politik, die Handlungsauftrag der Zukunftskommission durch entsprechende Förderprogramme und die Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik umsetzen zu können. Ziel muss es sein, dass neben den gesellschaftlichen Anforderungen die Bäuerinnen und Bauern ein ausreichendes Einkommen für Ihre Familien durch ihre Arbeit generieren können.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Waldmüller  
Generalsekretär